

Stellungnahme der Redaktion „Die 100 – was Deutschland bewegt“ zum Schreiben von Frau Maren Müller vom 21. September 2024 zur Sendung „Ist die AfD eigentlich ein Problem für die Demokratie?“ am 16. September 2024 im Ersten

In ihrem Schreiben vom 21. September 2024 kritisiert Frau Maren Müller, Vorsitzende des Vereines „Ständige Publikumskonferenz“, die Sendung „Die 100 – Ist die AfD eigentlich ein Problem für die Demokratie?“. Unter den 100 Teilnehmenden seien „erstaunlich viele Angehörige politisch homogener Gruppen“ gewesen. Darüber hinaus seien Laiendarsteller identifiziert worden. Einzelne „Merkwürdigkeiten“, die sich beispielsweise durch Mimik und Gestik einzelner Teilnehmer „manifestiert“ hätten, sprächen für eine „kommunikative Intention“, die auf eine Verhaltensänderung von Teilnehmern und Zusehern abzielte. Die beanstandete Sendung erfülle alle Kriterien „politischen Aktionismus zu Ungunsten eines regulären politischen Mitbewerbers vor wichtigen Wahlen“ und verstoße gegen die Programmgrundsätze des NDR-Staatsvertrags. Während aus Frau Müllers Sicht das Gesamtangebot der politischen Informationssendungen des NDR der AfD schade, werde im expliziten Fall vor wichtigen Wahlen deren Existenzberechtigung infrage gestellt, was einen Affront gegen die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik darstelle. Die Grundsätze der Objektivität und Unparteilichkeit der Berichterstattung wären ihrer Ansicht nach nur dann berücksichtigt, wenn jede Partei der Analyse „Ist die XXX eigentlich ein Problem für die Demokratie?“ unterzogen worden wäre. Weiterhin führt Frau Müller aus, der NDR habe auch in dieser Sendung das Gerichtsurteil zu unwahren Tatsachenbehauptungen bezüglich eines „Geheimtreffens“ in Potsdam ignoriert. Damit seien Tatbestände unterdrückt worden, die zur Urteilsbildung nötig seien. Zudem seien Aussagen von AfD-Politikern verkürzt und aus dem Zusammenhang gerissen sowie wesentliche Fakten ausgelassen worden. Auch Antworten von Teilnehmenden seien nach ihren Informationen um „entlastende Argumente pro AfD“ gekürzt worden. Dass die Teilnehmer erst kurz vor Aufzeichnung das Thema erfahren und dadurch keine Chance für eine Vorbereitung erhalten, beurteilt Frau Müller als „Täuschung“ und „öffentliches Vorführen“. Sie attestiert der Sendung außerdem die „Auswahl einer politisch mehrheitlich links-mittigen Kohorte“, die für einen „Mitläufereffekt“ sorgen solle.

Die Redaktion „Die 100 – was Deutschland bewegt“ nimmt dazu wie folgt Stellung:

„Die 100 – was Deutschland bewegt“ ist ein innovatives ARD-Format, das darauf abzielt, die Meinungsvielfalt innerhalb der Gesellschaft abzubilden. 100 Bürger*innen diskutieren dabei offen über zentrale gesellschaftliche Fragen. In jeder Folge geht es um ein kontroverses Thema und zwei Journalist*innen tragen Pro- und Contra-Argumente dazu vor. Die 100 Teilnehmenden im Studio stimmen mit den Füßen über diese Argumente ab: Eine Seite des Studios steht für „Pro“, die andere für „Contra“. Welche Argumente können die Bürger*innen überzeugen und welche nicht? Wer von den 100 Personen verhält sich wie – und warum? Die Zuschauer*innen am Bildschirm können parallel dazu immer wieder ihre eigene Haltung überprüfen.

In dem Format geht um Diskussion und Debatte. Darum, einander zuzuhören und die Position des oder der jeweils anderen kennenzulernen und zu verstehen. Wir wollen damit auch auf gesellschaftliche Entwicklungen reagieren: Während in den sozialen Medien und im öffentlichen Diskurs häufig nur extreme Positionen zu hören sind, zeigt „Die 100“, dass es Raum für eine offene und respektvolle Auseinandersetzung gibt, die auf Argumenten und nicht auf Vorurteilen basiert. Unser Anliegen ist es, die Debattenkultur zu stärken und die Gesellschaft wieder miteinander ins Gespräch zu bringen. Vor diesem Hintergrund können wir die Kritik, die Sendung sei „einseitig“ nicht nachvollziehen. Alle von den Journalist*innen vorgetragenen Fakten sind sorgfältig journalistisch geprüft. Die Sendung „Die 100 – was Deutschland bewegt“ trägt aus unserer Sicht im besonderen Maße zur politischen Bildung bei und entspricht damit dem NDR-Staatsvertrag. Der aktuelle Entwurf des „Reformstaatsvertrages“ sieht eine Stärkung derartiger Formate vor.

Gerne nehmen wir zu den von Frau Müller geäußerten Kritikpunkten im Einzelnen Stellung.

Vorwurf 1:

Unter den 100 Teilnehmenden seien „erstaunlich viele Angehörige politisch homogener Gruppen“ gewesen. Darüber hinaus seien Laiendarsteller identifiziert worden. Einzelne „Merkwürdigkeiten“, die sich beispielsweise durch Mimik und Gestik einzelner Teilnehmer „manifestiert“ hätten, sprächen für eine „kommunikative Intention“, die auf eine Verhaltensänderung von Teilnehmern und Zusehern abzielte.

Den Vorwurf, die Sendung sei „geskriptet“ oder manipuliert, weisen wir als Redaktion entschieden zurück.

Selbstverständlich werden keine Schauspieler*innen engagiert, die Bürger*innen spielen und bestimmte Ansichten vertreten sollen. Jede/r nimmt als Privatperson teil. Sollte jemand einer Nebentätigkeit im darstellenden Bereich nachgehen, ist das für uns kein Ausschlusskriterium für die Sendung. Es wird aber niemand dafür bezahlt, eine bestimmte Meinung zu äußern und es wird auch niemand von der Redaktion oder dem Moderator beeinflusst.

Die 100 Teilnehmenden stehen im Mittelpunkt der Sendung. Es gehört zum Konzept, immer wieder zu erfahren, wie die Pro- und Contra-Argumente bei ihnen ankommen. Sie werden dazu von Ingo Zamperoni befragt und wie bei Fernsehsendungen üblich, werden auch ihre Mimik und Gestik eingefangen. Mimik und Gestik sind natürliche Ausdrucksformen menschlicher Kommunikation. Es ist völlig normal, dass Menschen ihre Meinungen und Emotionen auf diese Weise ausdrücken. Die Interpretation von Gesten als „kommunikative Intention“ ist rein spekulativ und entbehrt jeglicher Grundlage. Wir versuchen das Stimmungsbild der 100 einzufangen – unabhängig in welche Richtung sie sich äußern.

Wir rufen auf verschiedenen Kanälen dazu auf, sich für die Sendung zu bewerben. Die Redaktion fragt im Vorfeld nach allgemeinen politischen Ansichten, um sicherzustellen, dass Menschen mit möglichst unterschiedlichen Ansichten zusammenkommen. Wir legen dabei großen Wert auf Vielfalt. Die Teilnehmenden bilden keinen repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung, aber es gibt auch keine einseitigen Mehrheiten – egal in welche politische Richtung.

Von den hundert Teilnehmenden der angesprochenen „Die 100“ – Sendung hatten neun im Vorfeld angegeben, politisch aktiv zu sein. Die Parteimitgliedschaften reichen von der SPD über die Freien Wähler, „Die Partei“, die Grüne Hochschulgruppe bis zur Europa Union, die Linke und eine offen gelassene Partei-Zugehörigkeit. Eine Teilnehmerin war früher Spitzenkandidatin der Partei „Die Linke“ bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, das haben wir kenntlich gemacht. Mandatsträger in dem Sinne, sich aktuell in einem politischen Amt zu engagieren, waren drei der Teilnehmenden – in Ortschaftsräten oder als Sprecher*in einer Grünen Hochschulgruppe. Menschen, die sich politisch engagieren, sind von der Teilnahme an der Sendung nicht grundsätzlich ausgeschlossen. Für uns ist wichtig, dass sie, wie alle anderen, ihre persönliche Meinung authentisch zum Ausdruck bringen und nicht für eine Partei oder Institution sprechen. Bei sehr herausgehobenen politischen Ämtern oder wenn jemand von Beruf „Politiker*in“ ist, würden wir das mit einer Texteinblendung kenntlich machen.

Vorwurf 2:

Die beanstandete Sendung erfülle alle Kriterien „politischen Aktionismus zu Ungunsten eines regulären politischen Mitbewerbers vor wichtigen Wahlen“ und verstoße gegen die Programmgrundsätze des NDR-Staatsvertrags. Während aus Frau Müllers Sicht das Gesamtangebot der politischen

Informationssendungen des NDR der AfD schade, werde im expliziten Fall vor wichtigen Wahlen deren Existenzberechtigung infrage gestellt, was einen Affront gegen die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik darstelle.

Die Redaktion weist den Vorwurf zurück. Die Frage „Ist die AfD ein Problem für die Demokratie?“ ist inhaltlich legitim und basiert auf aktuellen politischen Entwicklungen. Eine kritische Auseinandersetzung mit einer Partei, die regelmäßig für Kontroversen sorgt, ist kein „politischer Aktionismus“, sondern Teil des öffentlich-rechtlichen Auftrags, politische Diskussionen zu fördern. Die Fragestellung ist in ihrer Formulierung auch in keiner Weise tendenziös, sondern sachlich und offen formuliert. In der Sendung werden gleichberechtigt Argumente für beide Seiten präsentiert und es kommen sowohl Menschen zu Wort, die sich positiv gegenüber der AfD äußern, als auch Menschen, die in ihr eine Gefahr für die Demokratie sehen.

Auf dieser Basis können die Teilnehmenden und die Menschen zuhause die Fragestellung der Sendung ergebnisoffen für sich beantworten. Das haben die allermeisten Zuschauer*innen ebenfalls so empfunden: In der Sendung hatten wir dazu aufgerufen, online ein Feedback zu geben. Rund 6.500 Zuschauer*innen der Sendung haben sich daran beteiligt, davon haben 70 Prozent angegeben, die Argumente für beide Seiten seien ausgewogen gewesen. Nur sieben Prozent fanden das nicht.

Insbesondere vor Wahlen kommt dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk eine besondere Bedeutung zu. Es ist unsere Aufgabe, so zu informieren, dass sich Bürger*innen eine fundierte (politische) Meinung bilden können. Politische Sendungen und insbesondere Debattenformate wie „Die 100“, die unterschiedlichen Haltungen abbilden und Bürger*innen die Möglichkeit geben, ihre persönliche Meinung zu äußern, sind dafür besonders geeignet. „Die 100“ ist eben gerade nicht einseitig, sondern gibt unterschiedliche Meinungen Raum.

Dass wir nicht ganz falsch liegen mit unserer Einschätzung der Ausgewogenheit lässt sich übrigens auch daraus ablesen, dass uns zu der Sendung sehr vielfältige Reaktionen erreicht haben. Neben den von Frau Müller formulierten Vorwürfen war beispielsweise auch immer wieder zu lesen, es sei völlig klar, dass die AfD ein Problem für die Demokratie darstelle – diese Frage müsse man nicht mehr im Fernsehen diskutieren. Wir glauben, dass eine Diskussion darüber richtig ist und zur freien individuellen und öffentlichen Meinungsbildung beiträgt.

Vorwurf 3:

Die Grundsätze der Objektivität und Unparteilichkeit der Berichterstattung wären nur dann berücksichtigt, wenn jede Partei der Analyse „Ist die XXX eigentlich ein Problem für die Demokratie?“ unterzogen worden wäre.

Deutsche Verfassungsschutzämter beobachten Teile der AfD seit mehreren Jahren. Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat die gesamte Partei zum „rechtsextremistischen Verdachtsfall“ erklärt. Diese Entscheidung wurde vom OVG Münster bestätigt. Dies bedeutet, dass es hinreichende Anhaltspunkte für Bestrebungen die gegen die Menschenwürde bestimmter Personengruppen sowie gegen das Demokratieprinzip gerichtet sind, gibt. Für andere Parteien im deutschen Bundestag gilt das mit Blick auf die Partei als Ganzes nicht. Exponierte Vertreter der AfD haben sich zudem wiederholt gegen die Funktionsweise des parlamentarischen Systems ausgesprochen, beispielsweise durch die Verächtlichmachung demokratischer Institutionen und Akteure. Dies manifestiert sich etwa in der polemischen Kritik an der Presse („Lügenpresse“), den Angriffen auf das Bundesverfassungsgericht oder der Verharmlosung rechtsradikaler und antisemitischer Positionen. Vor diesem Hintergrund sehen wir die Frage, ob von der AfD Gefahren für die demokratische Grundordnung ausgehen könnten, als journalistisch geboten an, zumal sie von den Teilnehmenden und Zuschauer*innen offen beantwortet werden kann.

Vorwurf 4:

Der NDR habe auch in dieser Sendung das Gerichtsurteil zu unwahren Tatsachenbehauptungen bezüglich eines „Geheimtreffens“ in Potsdam ignoriert. Damit seien Tatbestände unterdrückt worden, die zur Urteilsbildung nötig seien.

Die Redaktion stellt dazu klar, dass keine unwahren Behauptungen in der Sendung erhoben werden. Es ist sowohl unstrittig, dass AfD Vertreter*innen am sogenannten Geheimtreffen in Potsdam teilgenommen haben als auch, dass es unter anderem um das Thema „Remigration“ ging. Die Recherchen von Correctiv über das Treffen in Potsdam sind durch vorliegende Gerichtsurteile auch nicht widerlegt worden. Gegenstand der juristischen Auseinandersetzung vor dem OLG Hamburg waren vor allem Rechtsfragen der individuellen Betroffenheit eines Einzelnen, der im Text nicht namentlich erwähnt und zu dessen Person keine konkrete Aussage getroffen worden ist. Die wesentlichen Ergebnisse der Recherche, insbesondere der Fokus auf das Konzept der „Remigration“, wurden vor Gericht nicht angegriffen.

Dass auch Vertreter*innen der CDU an diesem Treffen teilgenommen haben, wurde in der Sendung nicht bestritten. Es spielt allerdings aus unserer Sicht im hiesigen Zusammenhang keine maßgebliche Rolle, denn wir erwähnen das Treffen, um zu erklären, in welcher Form Vertreter*innen der AfD das Thema „Remigration“ verfolgen. Als zusätzlicher Beleg dient der auf der Plattform X gepostete Tweet des AfD Bundestagsabgeordneten René Springer: „Wir werden Ausländer in ihre Heimat zurückführen. Millionenfach. Das ist kein #Geheimplan. Das ist ein Versprechen.“

Auch dieses Zitat steht beispielhaft dafür, wie weitreichend in der AfD das Thema „Remigration“ gedacht wird, in Abgrenzung zu den Äußerungen anderer Parteien.

Vorwurf 5:

Aussagen von AfD-Politikern seien verkürzt und aus dem Zusammenhang gerissen sowie wesentliche Fakten ausgelassen worden. Auch Antworten von Teilnehmenden sollen nach Frau Müllers Information um „entlastende Argumente pro AfD“ gekürzt worden sein.

Die Redaktion stellt dazu klar: Die eingespielten O-Töne sind nicht aus dem Zusammenhang gerissen. Es gibt zudem eine Vielzahl weitere vergleichbarer Äußerungen von AfD-Vertreter*innen, die in den Aussagen zum Ausdruck gebrachten Tendenzen unterfüttern. Die gezeigten Ausschnitte waren für die Zuschauer*innen und die 100 Menschen vor Ort in der Sendung daher eine wichtige Information für die Frage, ob diese Partei ein Problem für die Demokratie darstelle oder nicht.

Wie bei TV-Aufzeichnungen üblich, mussten aus Zeitgründen auch hier einzelne Meinungsäußerungen von den hundert Teilnehmenden gekürzt werden. Das betraf sowohl Äußerungen der einen wie auch der anderen Position. Der Schnitt einer Sendung dient jedoch der Klarheit und dem Fluss der Debatte, nicht der gezielten Manipulation. Insgesamt spiegeln die Meinungsäußerungen aus unserer Sicht die Vielfalt und das Stimmungsbild unter den hundert Teilnehmenden wider. Wir halten daher den Vorwurf, Aussagen seien zulasten der AfD verändert worden, für nicht gerechtfertigt.

Vorwurf 6:

Dass die Teilnehmer erst kurz vor Aufzeichnung das Thema erfahren und dadurch keine Chance für eine Vorbereitung erhalten, beurteilt Frau Müller als „Täuschung“ und „öffentliches Vorführen“. Sie attestiert der Sendung außerdem die „Auswahl einer politisch mehrheitlich links-mittigen Kohorte“, die für einen „Mitläufereffekt“ sorgen solle.

Die Teilnehmer*innen erfahren tatsächlich erst kurz vor Beginn der Sendung, um welches Thema es geht. Auch wird ihnen nicht verraten, welche Fragen oder Argumente auf sie zukommen. Das ist ein wichtiger Bestandteil des Sendungskonzepts, bei dem es darum geht, spielerisch zu untersuchen und darzustellen, wie verschiedene Argumente den eigenen Standpunkt beeinflussen oder gar verändern können. Es gibt sowohl Argumente für die eine als auch für die andere Seite. Wie oben ausgeführt, können wir unter den Teilnehmenden auch keine „links-mittige Kohorte“ identifizieren. Uns ist wichtig, dass die Teilnehmenden ihre persönliche Meinung zum Ausdruck bringen und nicht von interessierter Seite in die Sendung geschickt werden, um eine bestimmte Meinung zu vertreten. Anders als Frau Müller trauen wir den Menschen zu, sich spontan eine Meinung zu den verschiedenen Fakten zu bilden und diese authentisch zu äußern. Zumal wir den Anspruch haben, eine Frage zu stellen, „die Deutschland bewegt“, die also viele Menschen ohnehin in ihrem Umfeld diskutieren. Der Reiz besteht für viele darin, sich gedanklich auf eine andere Sichtweise einzulassen. Das bekommen wir von Teilnehmenden immer wieder gespiegelt.

Auch beim Publikum zu Hause kam die Sendung offenbar gut an. 74 Prozent der online Befragten (siehe oben) haben ihr die Bestnote (3) gegeben. 30 Prozent eine 2 (Mehrfachnennungen waren möglich). Nur sechs bzw. drei Prozent haben die Sendung negativ bewertet.

Insgesamt weisen wir den Vorwurf, mit der Sendung „Die 100 – Ist die AfD eigentlich ein Problem für die Demokratie?“ gegen die Programmgrundsätze des NDR verstoßen zu haben, zurück. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk trägt die Verantwortung, politische Debatten offen und differenziert zu führen, um den Bürger*innen eine fundierte Meinungsbildung zu ermöglichen. Die Redaktion hat dabei die journalistischen Grundsätze beachtet. Die Auswahl der Teilnehmer*innen sowie die Diskussion selbst spiegeln die Vielfalt der gesellschaftlichen Meinungen wider und dienen dem Ziel, den politischen Diskurs zu bereichern. Im Sinne der demokratischen Transparenz wird die Redaktion auch weiterhin relevante und kontroverse Themen aufgreifen – ohne Beeinflussung, aber mit kritischem Blick.

Hamburg, 17. Oktober 2024

A handwritten signature in black ink, which appears to read 'Juliane von Schwerin'. The signature is fluid and stylized, with a long horizontal stroke extending to the right.

Juliane von Schwerin
Leitung Programmbereich Gesellschaft